

Medienmitteilung

Tiefrote Zahlen im Kanton Bern

Die Corona-Krise hat die finanzielle Situation des Kantons gegenüber dem Vorjahr völlig verändert. Die im letzten Finanzplan vorgesehenen Überschüsse der kommenden Jahre haben sich durch die Auswirkungen der Krise in riesige Defizite gewandelt. Die BDP unterstützt die Lockerung der restriktiven Schuldenbremse und erwartet von der Regierung Vorschläge, wie die massiven Defizite längerfristig eliminiert werden können.

Die von der Regierung beschlossenen und vom Parlament bestätigten Ausgaben für die Abfederung der Corona-Massnahmen in diesem Jahr belaufen sich auf mehrere 100 Mio. CHF. Die in den nächsten Jahren zu erwartenden Reduktionen bei den Steuereinnahmen und die verminderten Beiträge aus dem Nationalen Finanzausgleich (NFA) führen dazu, dass in den nächsten Jahren mit massiven Defiziten gerechnet werden muss.

Die erwarteten Defizite von mehr als 2 Mrd. CHF in den nächsten vier Jahren übertreffen die kühnsten Befürchtungen der BDP. Mit der in der Verfassung verankerten Schuldenbremse müssten diese Defizite spätestens bis 2028 vollständig abgebaut werden, was angesichts des weiteren Verlaufs der Finanzplanung kaum möglich sein wird.

Um ausgeglichene Budgets zu erreichen müssten umfassende Sparpakete oder massive Steuererhöhungen vorgeschlagen werden. Beide Massnahmen sind aus Sicht der BDP ungeeignet. Den von der Corona-Krise schwer belasteten Unternehmungen wie auch der Bevölkerung sind Steuererhöhungen nicht zuzumuten.

Eine Motion mit Beteiligung der BDP zur Lockerung der restriktiven Schuldenbremse wird in der kommenden Herbstsession im Grossen Rat diskutiert. Damit sollen nicht mehr Schulden angehäuft, sondern die früheren Überschüsse in der Rechnung zur Deckung der Defizite eingesetzt werden.

Die BDP-Fraktion erwartet von der Regierung möglichst rasch Vorschläge, wie längerfristig die Defizite eliminiert werden können.

Auskunft:

Jakob Etter, Grossrat
Tel: 079 252 73 12

21. August 2020